

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	IX
I. Einleitung und Problemstellung	1
II. Das Rechtsgut des § 41 BDSG	3
1. Die Notwendigkeit eines eigenständigen strafrechtlichen Rechtsgutsbegriffs	3
2. Der strafrechtliche Begriff der Privatsphäre	8
3. Die Vertrauenssphäre als Rechtsgut des § 41	11
III. Die offenkundigen Daten	15
1. Die eigene Definition	15
2. Kritische Würdigung des Offenkundigkeitsbegriffs der h.M.	17
IV. Die Straftatbestände des BDSG	20
1. Überblick	20
2. Die Weitergabe von Daten	22
3. Das Bereithalten von Daten zur Einsichtnahme	25
4. Die Veränderung von Daten	28
5. Der sogenannte Datendiebstahl	30
V. Die Ausgestaltung des § 41 Abs. 1 als Blankettstrafgesetz	34
1. Funktion und Bedeutung des Wortes „unbefugt“	34
2. Die erforderliche Bestimmtheit der Verweisung	37
VI. Die Einwilligung	40
1. Die Stellung der Einwilligung im Delikttaufbau	40
2. Die rechtliche Bedeutung der Einwilligung	41
3. Das Schriftlichkeitsgebot	44
4. Die Dispositionsbefugnis des Einwilligenden	47
VII. Die Güter- und Interessenabwägung	50
1. Die dogmatische Einordnung der Abwägung	50
2. Wesen und Bedeutung der Abwägung	52
VIII. Die „schutzwürdigen Belange des Betroffenen“	57
1. Die Konkretisierung des Interesses des Betroffenen	57

2.	Die fehlenden „schutzwürdigen Belange“ in § 32 Abs. 2	60
3.	Die Unterscheidung zwischen straf-zivilrechtlicher Auslegung des § 32 Abs. 2.	63
IX.	Einzelne Abwägungskriterien.	65
1.	Die Art und Weise der Informationsbeschaffung	65
2.	Die Form der Datenübermittlung	68
3.	Das Verhalten des Betroffenen.	70
4.	Die Motive der Normadressaten	75
X.	Die Ordnungswidrigkeiten des BDSG.	77
1.	Die Aufgabe des § 42.	77
2.	Die Interpretation der Ordnungswidrigkeiten	79
3.	Die Ahndungspraxis der Aufsichtsbehörden	81
	Literaturverzeichnis.	87
	Stichwortverzeichnis	100